

Stadt Siegen

NIEDERSCHRIFT

über die 21. Sitzung des Jugendhilfeausschusses

vom: 17.01.2002
von: 16:00 Uhr
bis: 19:25 Uhr
Ort: Rathaus Siegen, Ratssaal

Anwesend waren:

I. Vom Jugendhilfeausschuss

Schmidt, André - als Vorsitzender -
Berger, Joachim
Dornseifer, Gisela - für Stv Eberlein, Klaus-Peter -
Katz, Reinhilde
Klein, Anneliese - bis 19.00 Uhr, TOP 6 ö. T. -
Klein, Marc - für Stv Elter, Uwe -
Kleine, Sancho-Antonio - ab 16.20 Uhr, TOP 5 ö. T. -
Lauble, Wilhelm - ab 16.05 Uhr, TOP 3.1 ö. T. -
Leonhardt, Traugott
Löwenberg, Horst
Max, Christian - ab 16.10 Uhr, TOP 3.1 ö. T. -
Otterbach, Christoph
Rujanski, Detlef
Sintzen, Gerlinde
Stephany, Torsten - für AM Westerholt, Günter bis 18.05 Uhr, TOP 5 ö. T. -

II. Beratende Mitglieder:

Al-Omary, Falk - ab 16.15 Uhr, TOP 5 ö. T. -
Czell, Gernot - bis 19.15, TOP VERSCHIEDENES n. ö. T. -
Groß, Michael
Gürke, Volker - ab 16.05 Uhr bis 17.05 Uhr, TOP 3.1 bis 5 ö. T. -
Holdinghausen, Rolf - bis 18.15 Uhr, TOP 5 ö. T. -
Schollmeyer, Wolfgang - für AM Gürke, Volker ab 17.05 Uhr, TOP 5 ö. T. -
Tielsch, Ingrid Karin

III. Als Zuhörer:

IV. Von der Verwaltung:

Nicht anwesend waren:

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (nach Alphabet)

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Rujanski bestimmt.

21. JHA 17.01.2002

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

21. JHA 17.01.2002

3. Fragestunde

3.1. Offene Kinder- und Jugendarbeit

Ein Vermerk über die von Herrn Dr. Rohr vorgetragene Antwort ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

21. JHA 17.01.2002

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

21. JHA 17.01.2002

5. Beratung des Verwaltungsentwurfes von Haushaltssatzung / Haushaltsplan 2002 einschließlich des Investitionsprogrammes 2001 - 2005

Herr Baumeister geht auf die finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen ein, vor deren Hintergrund die Haushaltsplangestaltung 2002 zu sehen ist.

Der *Verwaltungshaushalt* weist einen originären Fehlbetrag (strukturelles Defizit) i. H. v. 1,1 Mio. € aus. Inklusive der Abdeckung des Fehlbetrages aus 2000 ergibt sich ein Gesamtfehlbetrag i. H. v. 24,8 Mio. €. Zu bedenken ist, dass auf der Einnahmeseite in 2002 eine Zuführung vom Vermögenshaushalt aus Veräußerungserlösen von RWE-Aktien i. H. v. 6 Mio. € einkalkuliert ist, durch die der originäre Fehlbetrag 2002 in dem genannten Rahmen gehalten werden kann. Das Defizit aus 2001 (abzudecken in 2003) beläuft sich auf weitere rd. 22 Mio. €, so dass zur Abdeckung der Gesamtliquiditätslücke der Kasse (nahezu 50 Mio. €) permanent fremdes Geld in Form von Kassenkrediten geliehen werden muss.

Da die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr lediglich um 0,4 % gesteigert wurden, ist der Hauptgrund für den nicht ausgeglichenen Haushalt 2002 auf der Einnahmeseite zu suchen. Insbesondere die schlechte Entwicklung im Bereich der Gewerbesteuererinnahmen ist für die Situation verantwortlich. Die freiwilligen Leistungen (z. B. Zuschüsse an Vereine / Verbände) konnten auf gleichem Niveau wie im Vorjahr gehalten werden. Eine Erhöhung war sowohl aufgrund der schlechten Haushaltslage als auch wegen der einschränkenden Bestimmungen des Innenministers zur Gestaltung des Haushaltssicherungskonzeptes nicht möglich. Im *Vermögenshaushalt* beträgt das Investitionsvolumen in etwa wie im Vorjahr ca. 21,3 Mio. €. Die Ausweisung einer Netto-Neuverschuldung konnte vermieden werden.

Der Schuldenstand beläuft sich zur Zeit auf rd. 103 Mio. €.

Im Anschluss erläutert Herr Baumeister die Besonderheiten des Haushaltsentwurfes für den Zuständigkeitsbereich des Jugendhilfeausschusses. Das Ausgabevolumen des Verwaltungshaushaltes im Jugendhilfebereich beträgt rd. 31 Mio. € und hat somit einen erheblichen Anteil am Gesamtetat des Verwaltungshaushaltes. Der Vergleichswert in 2001 betrug 30,5 Mio. € bei in etwa gleichem Zuschussbedarf. Vor dem Hintergrund der schlechten Haushaltslage bittet er die Ausschussmitglieder, Ansatzserhöhungen bei Einzelpositionen nur bei gleichzeitiger Unterbreitung eines geeigneten Deckungsvorschlages zu empfehlen.

Herr Dr. Rohr zeigt auf, dass einer der beiden größten Ausgabeblöcke auf dem Gebiet der Jugendhilfe die Aufwendungen im Bereich der Kindergärten aufgrund des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz ist. Der andere enorme Block sind Kosten im Rahmen der gesetzlichen Aufgaben nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz.

Weitere erhebliche Ausgaben entstehen aufgrund von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und aufgrund des Unterhaltessicherungsgesetzes. Festzustellen ist, dass die unbestritten notwendige Fortentwicklung der Gesetzeslage eine zunehmend einseitige Belastung der Kommunen darstellt.

Der Bereich freiwilliger Leistungen, über die politische Entscheidungen getroffen werden können, beträgt maximal noch 10 - 15 % des Gesamtvolumens.

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen berät die in seinen

Zuständigkeitsbereich fallenden Haushaltsansätze.

Zu folgenden Positionen werden Anmerkungen, Hinweise und Bitten vorgebracht.

ALLGEMEINE ANMERKUNGEN:

Der durch die Dezernenten vermittelte Eindruck, die Stadt Siegen befinde sich am Rande der Handlungsfähigkeit, ist nach Auffassung von Herrn Groß falsch. In vielen Bereichen des Haushaltes werden enorme Ausgaben getätigt. Der Jugendhilfeausschuss sollte sich durch die Ausführungen nicht verunsichern lassen und aus seiner Sicht sowohl notwendige, aber auch wünschenswerte Belange benennen.

VERWALTUNGSHAUSHALT**HHSt. 1.407.1620.0 - Erstattung Personalkosten ASD Kreis Siegen-Wittgenstein**

Herr Fischer bringt vor, dass der Einnahmeansatz von 249.300,00 € aufgrund eines Rechenfehlers im endgültigen Haushalt auf 149.300,00 € zu korrigieren ist.

HHSt. 1.451.7187.3 - Zuschuss an Ring politischer Jugend**HHSt. 1.451.7189.0 - Kinder- und Jugendbeteiligung**

Herr Groß ist der Meinung, dass die Finanzierung des Ringes politischer Jugend von den Parteien zu leisten ist. Der Haushaltsansatz sollte gestrichen und die somit eingesparten Mittel i. H. v. 1,55 T€ zusätzlich auf der HHSt. „Kinder- und Jugendbeteiligung zur Verfügung gestellt werden, da die dort kalkulierten 1,5 T€ nicht auskömmlich sind.

Beschlussvorschlag (auf Antrag von Herrn Groß):

Der Haushaltsansatz i. H. v. 1.550,00 € auf HHSt. 1.451.7187.3 „Zuschuss an Ring politischer Jugend“ wird in voller Höhe zurückgenommen.

Beratungsergebnis: 4 Stimmen dafür, 11 dagegen, 0 Enthaltungen

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Beschlussvorschlag (auf Antrag von Herrn Groß):

Der Haushaltsansatz auf HHSt. 1.451.7189.0 „Kinder- und Jugendbeteiligung“ wird

um 1.550,00 € aufgestockt.

Beratungsergebnis: 2 Stimmen dafür, 9 dagegen, 2 Enthaltungen

Der Antrag ist damit abgelehnt.

HHSt. 1.452.7616.0 - Betreuung ausländ. / deutscher Kinder und Jugendlicher

Insbesondere im sprachlichen Bereich haben ausländische Kinder große Defizite, so Herr Groß.

Beschlussvorschlag (auf Antrag von Herrn Groß):

Der Haushaltsansatz auf HHSt. 1.452.7616.0 „Betreuung ausländischer / deutscher Kinder und Jugendlicher“ wird um 2.300,00 € auf 10.000,00 € aufgestockt.

Beratungsergebnis: 5 Stimmen dafür, 3 dagegen, 7 Enthaltungen

UA 455 - Hilfen zur Erziehung

Herr Rujanski führt aus, dass in der Sitzung am 02.04.2001 durch Herrn Kleine unter TOP 2 ö. T. gefordert wurde, den Allgemeinen sozialen Dienst (ASD) mit einer an die fachspezifischen Aufgaben angelehnten EDV-Ausrüstung in 2001, spätestens in 2002 auszustatten. Da in 2001 diesbezüglich keine Erfolge erzielt wurden, sind die notwendigen Mittel in 2002 einzustellen.

Herr Baumeister erklärt, dass jeweils im Unterabschnitt 060 im Verwaltungshaushalt 440 T€ für Leasing- und Wartungsgebühren und im Vermögenshaushalt 35 T€ für Investitionen im Bereich der EDV-Anlagen etatisiert sind. Über die Verteilung der Mittel kann die zuständige Fachverwaltung Auskunft geben.

Um Konsequenzen für den Haushalt 2002 ziehen zu können, sollte über die Planungen der Fachverwaltung für den Bereich EDV-Ausstattung spätestens bis zur Ratssitzung am 27.02.2002 Klarheit bestehen, meint Herr Groß.

Beschlussvorschlag (auf Antrag von Herrn Rujanski):

Die Verwaltung wird beauftragt, eine zentrale Beschaffung von EDV-Hardware für den Allgemeinen sozialen Dienst (ASD) in 2002 vorzunehmen. Um die gute und qualifizierte Arbeit des ASD weiter zu optimieren, sind die notwendigen

Haushaltsmittel für die Anschaffung fachspezifischer Software und für die Schulung der Mitarbeiter im Haushaltsjahr 2002 bereitzustellen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 1 Enthaltung

HHSt. 1.455.7174.0 - Zuschuss zum Verein IFPAKE e. V.

Herr Schmidt informiert über ein Schreiben des Vereines IFPAKE e. V., womit dieser eine Erhöhung des Ansatzes um 1.000,00 € auf das Niveau des Zuschusses an die ärztliche Beratungsstelle (DRK) fordert. Weiterhin wird eine vertragliche Regelung des Zuschusses gewünscht.

Herr Fischer sichert zu, dass beide Träger gleichbehandelt werden. Dem Wunsch nach einer vertraglichen Regelung soll im Rahmen der Fortentwicklung der Förderstrukturen Rechnung getragen werden.

Herr Rujanski beantragt, der durch Herrn Fischer zugesagten Gleichbehandlung auch zahlenmäßig im Haushalt Ausdruck zu verleihen.

Die Herren Löwenberg, Groß und Rujanski setzen sich dafür ein, die gewünschten Vertragsverhandlungen so schnell wie möglich einzuleiten.

Herr Dr. Rohr sagt zu, noch im laufenden Kalenderjahr einen Vertragsentwurf vorzulegen, der nach Unterzeichnung durch die Vertragspartner ab 2003 Rechtswirksamkeit entfalten kann.

Beschlussvorschlag (auf Antrag von Herrn Rujanski):

Der Haushaltsansatz auf HHSt. 1.455.7174.0 „Zuschuss zum Verein IFPAKE e. V.“ wird um 1.000,00 € auf 18.900,00 € (gleich dem Ansatz auf HHSt. 1.455.7182.0 „Zuschuss zur ärztlichen Beratungsstelle (DRK)“) erhöht.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

HHSt. 1.455.7181.2 - Personalkostenerstattung an freie Träger für Pflichtaufgaben - Pflegekinderdienst -

Herr Gürke macht darauf aufmerksam, dass der Ansatz i. H. v. 190 T€ nur deshalb auskömmlich ist, weil statt der vertraglich geregelten 4 Stellen zur Zeit lediglich 3 besetzt sind. Im kommenden Jahr wird man eine Erhöhung des Haushaltssolls vornehmen müssen.

HHSt. 1.455.7700.4 - Heimerziehung gem. § 34 KJHG

In der Tatsache, dass sich die Fallzahlen stabilisieren, kann ein vorsichtiges Signal dafür gesehen werden, dass die geschaffenen Peripherieinrichtungen, wie z. B. das KiJuFaz, langsam aber sicher greifen, so Herr Rujanski.

Herr Kleine ist der Auffassung, dass vor dem Hintergrund der Entwicklung der Fallzahlen der Ansatz um 100 T€ reduziert werden kann, um diese Mittel an anderen

Stellen (z. B. TOT-Heime) zielgerichtet einzusetzen.

Herr Dr. Rohr mahnt dringend, den Ansatz zu belassen, da der Bereich gesetzlicher Hilfen betroffen ist. Die Entwicklung der Fallzahlen und somit der Finanzbedarf kann lediglich prognostiziert, jedoch nicht mit Wahrscheinlichkeit vorhergesagt werden. Eine Sicherheit ist in der der Ansatzbildung zugrundeliegenden Schätzung nicht einkalkuliert.

HHSt. 1.460.7180.5 - Zuschüsse für TOT-Heime

Herr Kleine trägt vor, dass derzeit ein Arbeitskreis neue Kriterien für die Förderung von TOT-Heimen erarbeitet. Im Jahr 2002 sind daher mehr Anträge zu erwarten, als noch im laufenden Jahr.

Beschlussvorschlag (auf Antrag von Herrn Kleine):

Das Haushaltssoll der HHSt. 1.460.7180.5 „Zuschüsse für TOT-Heime“ wird um 30.000,00 € aufgestockt.

Beratungsergebnis: 11 Stimmen dafür, 3 dagegen, 0 Enthaltungen

UA 464 - Tageseinrichtungen für Kinder

Herr Fischer erläutert, dass folgende Korrekturen des Entwurfes vorzunehmen sind:

HHSt. 1.464.1710.8 - Landeszuweisung

Der Ansatz ist von 5.415 T€ auf 5.500 T€ aufzustocken.

HHSt. 1.464.7180.3 - Gesetzliche Betriebskostenzuschüsse für Kindertageseinr.

Der Ansatz ist von 12.390 T€ auf 12.540 T€ aufzustocken.

HHSt. 1.464.7181.1 - Freiwillige Betriebskostenzuschüsse für Kindertageseinr.

Der Ansatz ist von 1.367 T€ auf 1.402 T€ aufzustocken.

Herr Rujanski stellt fest, dass aufgrund der Änderung des GTK in 1999 und damit verbunden der Abschmelzung im Bereich kommunaler freiwilliger Leistungen die

Kassen der Träger der Einrichtungen auf Kosten systematisch steigender Elternbeiträge entlastet werden.

Der Bereich „Elternbeiträge“ wird in einer der kommenden Sitzungen verabredungsgemäß gesondert thematisiert, so Herr Schmidt.

HHSt. 1.481.2430.2 - Erstattungen von Unterhaltspflichtigen

Herr Löwenberg regt an, eine Mehrstelle einzurichten, um die Einnahmen zu steigern.

Herr Fischer hat Bedenken, ob sich die entstehenden zusätzlichen Personalkosten aufgrund der Mischkalkulation, durch die die Einnahmen neben der Kommune auch Bund und Land zufließen, für die Stadt Siegen amortisieren würden.

Herr Löwenberg bittet, die Möglichkeit der Anwendung eines Inkassobüro-Modells zu überprüfen.

Beschlussvorschlag (auf Antrag von Herrn Groß):

Eine Haushaltsstelle zur Abwicklung des sogenannten „Innovationstopfes“ zur Förderung neuer Projekte in der Jugendarbeit wird eingerichtet und mit einem Haushaltssoll i. H. v. 15 T€ versehen.

Beratungsergebnis: 2 Stimmen dafür, 10 dagegen, 2 Enthaltungen

Der Antrag ist damit abgelehnt.

VERMÖGENSHAUSHALT

UA 460 - Einrichtungen der Jugendarbeit

Finanzwirtschaftliche Konsequenzen, die ein positiver Beschluss über die Errichtung einer neuen Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung auf dem Bertramsplatz zur Folge haben wird, werden in die Änderungsliste zum Vermögenshaushalt eingearbeitet, sagt Herr Baumeister zu.

Auf Frage von Herrn Schmidt antwortet er, dass die Finanzierung des Projektes Dr.-Ernst-Schuppener-Haus (K 52) über im Jahresabschluss 2001 zu bildende Haushaltsreste gesichert wird.

UA 464 - Tageseinrichtungen für Kinder

Herr Schmidt möchte erfahren, über welche Haushaltesstelle die Maßnahme Birkenweg abgewickelt wird.

Herr Fischer führt aus, dass bei voller Restebildung auf HHSt. 1.464.9880.9 „Bau- und Einrichtungskostenzuschüsse“ die Finanzierung der Maßnahme Birkenweg gesichert ist und darüber hinaus rd. 25 T€ für andere Projekte zur Verfügung stehen.

INVESTITIONSPROGRAMM

- keine Anmerkungen -

Beschluss

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen empfiehlt dem Rat der Stadt Siegen, den Entwurf von Haushaltssatzung / Haushaltsplan 2002 einschließlich des Investitionsprogrammes 2001 - 2005 mit den v. g. Änderungen zu beschließen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

Herr Groß als nicht stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss legt Wert auf die Feststellung, dass die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN dem Haushaltsentwurf *nicht* zustimmt.

21. JHA 17.01.2002

5.1. Kindertageseinrichtungen

Antrag auf Gewährung eines freiwilligen Zuschusses der Stadt Siegen zu den Einrichtungskosten für die Kindertageseinrichtung Kreuzstraße 10 (Kath. Kirchengemeinde St. Peter und Paul)

Vorlagennr. 1243/2001

Nach den Erläuterungen von Herrn Fischer zu TOP 5, HHSt. 1.464.9880.9 „Bau- und Einrichtungskostenzuschüsse“ macht Herr Schmidt deutlich, dass nach entsprechender Restebildung im Abschluss des Haushaltsjahres 2001 Finanzmittel zur Gewährung eines Zuschusses zur Verfügung stehen.

Beschluss (in Abänderung):

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen beschließt, dem Antrag auf Gewährung eines freiwilligen Zuschusses der Stadt Siegen zu den Einrichtungskosten für die Kindertageseinrichtung Kreuzstraße 10 (Kath. Kirchengemeinde St. Peter und Paul) zuzustimmen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

6. Errichtung einer neuen Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung auf dem Bertramsplatz - Vorstellung der Baupläne -

Vorlagennr. 1633/2001

Frau Kruse und Frau Scherger teilen mit, dass sich die Mitglieder der „Planungsgruppe blue box“ seit drei Jahren auf ehrenamtlicher Basis mindestens einmal wöchentlich treffen, um über die Gestaltung und Realisierung des neuen Jugendtreffs zu diskutieren. In dieser Zeit wurde

- eine Befragung von 700 Kindern und Jugendlichen durchgeführt,
- in Kooperation mit dem Architekturbereich der Universität / Gesamthochschule Siegen eine den Wünschen entsprechende Raumgestaltung erstellt und
- ein Konzept für das neue Gebäude entwickelt, in welchem auch der noch nicht gegründete Trägerverein berücksichtigt wurde.

Aufgrund von Finanzierungsproblemen zeichnet sich eine Verzögerung der Eröffnung der Einrichtung bis in das Jahr 2004 ab. Die Planungsgruppe und die künftigen Nutzer fordern sowohl von Politik als auch von Verwaltung, auf eine möglichst frühere Eröffnung hinzuwirken. Am 29.01.2002 stehen alle Mitglieder der Planungsgruppe ab 18.30 Uhr im Jugendtreff Altenhof für Rückfragen zur Verfügung.

Frau Prof. Dr. Schröteler-v. Brandt erachtet die durchgeführte Jugendbeteiligung als sehr gut. Die Aufgabe der Universität / Gesamthochschule Siegen bestand darin, eine Vorentwurfsplanung abzugeben. Zu diesem Zweck musste ein Raumprogramm erstellt werden, worin möglichst viele Wünsche mit den Gegebenheiten des Gebäudes und dem engen Kostenrahmen in Einklang zu bringen waren. Im Oktober des Jahres 2000 sind in workshops mit Studenten zahlreiche Vorschläge entstanden, wie mit den Chancen, aber auch den Problemen des Gebäudes umgegangen werden kann. Ergebnis ist der Vorentwurf, bei dem von allen Seiten Kompromisse eingegangen werden mussten. Die Mehrkosten sind nicht planerisch bedingt, sondern beruhen auf zusätzlich gewünschten baulichen Maßnahmen.

Durch die frühzeitige Schließung des Hauses der Jugend und der verzögerten Eröffnung des Jugendtreffs am Bertramsplatz ist eine Versorgungslücke entstanden, vor der er seinerzeit gewarnt hat, kritisiert Herr Groß. Das langwierige Prozedere ist absolut unbefriedigend. Besonders betroffen sind die Jugendlichen, die viel Zeit investiert haben, aber keine Nutznießer der Einrichtung mehr sein werden. Er beantragt, die weiteren Planungen auf der Basis einer Eröffnung des Hauses in 2003 zu erstellen.

Auch Herr Schollmeyer bemängelt die große zeitliche Verzögerung und schließt sich dem Antrag von Herrn Groß an.

Das langwierige Prozedere erachtet Herr Kleine als kritisch, doch solle nach außen positiv signalisiert werden, dass die baulichen Maßnahmen am Projekt nunmehr zeitnah beginnen können.

Frau Tielsch unterstreicht den Wunsch aller Beteiligten nach baldiger Umsetzung, mahnt jedoch zu der erforderlichen Geduld.

Frau Sintzen begrüßt die Entstehung eines innerstädtischen Jugendzentrums außerordentlich. Die noch erforderlichen Schritte sollten nach Möglichkeit beschleunigt werden. Sie bittet die Verwaltung, sicherzustellen, dass keine Aufträge

über den bewilligten Mittelrahmen hinaus vergeben werden.

Herr Rujanski beklagt sowohl die zeitliche Verzögerung als auch die Kostenexplosion um rd. 65 % gegenüber der ursprünglichen Planung.

Herr Leonhardt regt die Fortsetzung der Kooperation mit der Universität / Gesamthochschule Siegen an, um ggf. das weitere Verfahren zu beschleunigen und eine weitere Expansion der Kosten zu vermeiden.

Herr Löwenberg unterstreicht, dass es sich nicht um eine Ausweitung des Angebots handelt, sondern dass mit der geplanten Einrichtung am Bertramsplatz die Schließungen des „Hauses der Jugend“ und des „Altenhofs“ verbunden sind. Er zeigt auf, dass ein Paradigmenwechsel weg von klassischen Jugendhäusern unter städtischer Leitung zu verzeichnen ist.

Herr Dr. Rohr verdeutlicht, dass eine Eröffnung des Jugendtreffs in 2003 aufgrund der begrenzten personellen Kapazitäten der Hochbauabteilung nicht realistisch erscheint. Sollte der Antrag von Herrn Groß positiv beschlossen werden, so sind Gedanken über eine Fremdvergabe nötig.

Die abschließende Bewilligung des 2 Bauabschnittes vor Maßnahmebeginn ist unverzichtbar, so Herr Baumeister.

Solange die Zuschüsse nicht insgesamt bewilligt sind, kann Herr Krieger keine Ausschreibung, sondern lediglich deren Vorbereitung, durchführen. Nach Bewilligung werden vor Baubeginn sämtliche Leistungen ausgeschrieben, um Informationen über den endgültigen Kostenumfang zu erhalten. Die Einhaltung des Vergabeverfahrens bedingt, dass mit einem Baubeginn Anfang kommenden Jahres zu rechnen ist. Die Bauzeit beträgt in etwa ein Jahr. Es sollte vermieden werden, unerfüllbare Hoffnungen zu wecken.

Herr Groß vertritt die Auffassung, dass je nach Notwendigkeit über eine Erweiterung der personellen Kapazitäten der Hochbauverwaltung oder über eine Fremdvergabe nachzudenken ist.

Beschlussvorschlag (mit Erweiterung auf Antrag von Herrn Groß):

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt die Vorentwurfsplanung zur Errichtung einer neuen Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung auf dem Bertramsplatz gemäß der in Anlage 1 zur Vorlage dargestellten Form. Auf dieser Basis sind die Ausführungspläne sowie die entsprechenden Leistungsverzeichnisse zu erstellen.

Die Maßnahme ist in Kombination mit Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen unter Einbeziehung der "Neuen Arbeit Siegerland" durchzuführen. Dabei sind geeignete Gewerke in Höhe von mindestens 20 % der Gesamtkosten durch die NAS zu erbringen. Die übrigen Bauleistungen sind gemäß VOB auszuschreiben.

Mit dem ersten Bauabschnitt der Jugendfreizeiteinrichtung mit Kosten in Höhe von 281 T€ soll schnellstmöglich begonnen werden; der zweite Bauabschnitt wird unter dem Vorbehalt der Gewährung einer 90 %-igen Landeszuwendung zu den Gesamtkosten von 729 T€ beschlossen.

Die Verwaltung wird aufgefordert, sicherzustellen, dass eine Eröffnung der Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung auf dem Bertramsplatz im Jahr 2003 erfolgen kann.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 1 Enthaltungen

21. JHA 17.01.2002

7. Sitzungstermine 2002

Vorlagenr. 1648/2002

◆◆◆ **Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen nimmt die vorgeschlagenen Sitzungstermine zur Kenntnis.**

21. JHA 17.01.2002